

Niederschrift

über die 11. öffentliche Sitzung der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Friedrichstadt am 16.12.2024 im Sitzungssaal des Rathauses Friedrichstadt.

Beginn der Sitzung: 18:00 Uhr
Ende der Sitzung: 20:10 Uhr

Anwesend:

stimmberechtigt:

Bürgermeister	Tobias Tietgen
Stadtverordnete	Malou Corinth
Stadtverordneter	Uwe Eisenmann
Stadtverordnete	Jana Gasch
Stadtverordnete	Bärbel Hammer
Stadtverordneter	Bernd-Roland Hündorf
Stadtverordneter	Björn Jensen
Stadtverordneter	Jan Kratochvil
Stadtverordneter	Fritz Nicolaisen
Stadtverordnete	Jessica Pooch
Stadtverordneter	Walter Reimers
Stadtverordneter	Heiko Schönhoff
Stadtverordnete	Sonja Schönhoff
Stadtverordnete	Doreen Stümpel
Stadtverordneter	Bastian Winkelmann
Stadtverordnete	Sonja Wulff

Entschuldigt fehlt:

Stadtverordneter	Andreas Pruns
------------------	---------------

Außerdem sind anwesend:

Mehrere Zuhörer*innen

Bürgerl. Mitglied	Sebastian Kahlke
Bürgerl. Mitglied	Niels Möller
Bürgerl. Mitglied	Dietrich Jacobs
Bürgerl. Mitglied	Jens Burmester
Wehrführer	Hendrik Pyhsa
Stv. Wehrführer	Andreas Euker
Feuerwehr Friedrichstadt	div. Mitglieder
Bauhof	Ralf Mader und Ehefrau
Jugendpfleger/Personalrat	Herr Klomann
Assistenz Stabstelle	Herr Wolf
Leitung Tourismus und Destinationsmanagement	Frau Müller
Leitung Veranstaltungsmanagement/ Personalrat	Frau Andersen
Stadtmanagement	Herr Hamann
Stabstelle	Frau Postel (Niederschrift)

Tagesordnung:

öffentlich

1. Eröffnung der Sitzung, Begrüßung durch den Bürgermeister und Feststellung der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
- 2.a. Dringlichkeitsanträge
- 2.b. Beschlussfassung über die eventuelle Nicht-Öffentlichkeit einzelner Tagesordnungspunkte
3. Beschlussfassung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift über die 10. Sitzung am 17.10.2024

nicht öffentlich

- 4.-12. Personalangelegenheiten
13. Vertragsangelegenheiten
14. Grundstücksangelegenheiten

öffentlich

15. Bekanntgabe der Beschlüsse aus dem nicht öffentlichen Teil der Sitzung
16. Beratung und Beschlussfassung über die Beteiligung am "Amtsblatt" des Amtes Nordsee-Treene (Empfehlungsbeschluss des Finanz- und Kommunalausschusses)
17. Einwohnerfragestunde
18. Bericht des Bürgermeisters
19. Bericht der Ausschüsse und Delegierten
20. Anfragen der Stadtverordneten
21. Verabschiedung von Herrn Ralf Mader als bisherigem Vorarbeiter des Bauhofes der Stadt Friedrichstadt
22. Vorstellung neuer Mitarbeitender
23. Feuerwehrangelegenheiten
23. Interimsweise Verpflichtung des Wehrführers Hendrik Physa bis zur Durchführung der erforderlichen Neuwahlen aufgrund der Wiederanerkennung der Freiwilligkeit der Feuerwehr Friedrichstadt ab dem 01.01.2025
24. Interimsweise Verpflichtung des stv. Wehrführers Andreas Euker bis zur Durchführung der erforderlichen Neuwahlen aufgrund der Wiederanerkennung der Freiwilligkeit der Feuerwehr Friedrichstadt ab dem 01.01.2025
25. Beratung und Beschlussfassung über die Höhe der Aufwandsentschädigung für die Kameradinnen und Kameraden der Feuerwehr Friedrichstadt bei Einsätzen (auf Grundlage der Entschädigungsrichtlinie des Landes Schleswig-Holstein)
25. Organisation der Stadt Friedrichstadt
26. Beratung und Beschlussfassung über das künftige Vorgehen zur Veröffentlichung von Informationen (u.a. Beschlussvorlagen) im Rahmen von Tagesordnungspunkten öffentlicher Art
27. Corporate Identity (kurz: CI)
- 27.a. Vorstellung eines einheitlichen Designs im Bereich der internen und externen Kommunikation (Gestaltungsrichtlinien)
- 27.b. Beratung und Beschlussfassung über die neuen Vorgaben zur CI im Bereich der internen und externen Kommunikation
28. Bauplanungsrecht
28. Beratung und Beschlussfassung über die Freigabe des Entwurfs zum gemeinsamen Gewerbegebiet mit der Gemeinde Koldenbüttel (Verfahrensstand: 1. Auslegung)
29. Beratung und Beschlussfassung über die Freigabe des Angebotes für die Erstellung des B-Plan 25 Friedrichstadt (Altstadt)
29. Finanzangelegenheiten
30. Beratung und Beschlussfassung über die Einführung einer Ausgleichsrücklage - Empfehlungsbeschluss des Finanz- und Kommunalausschusses -

31. Beschluss über die Hebesätze 2025 und die Satzung über die Hebesätze der Realsteuern in der Stadt Friedrichstadt (Hebesatzung) - Empfehlungsbeschluss des Finanz- und Kommunalausschusses -
32. Beratung und Beschlussfassung über den Haushaltsplan 2025 inkl. Stellenplan - Empfehlungsbeschluss des Finanz- und Kommunalausschusses -
33. Beratung und Beschlussfassung über die Änderung der Entgeltordnung für die Inanspruchnahme des Bauhofes der Stadt Friedrichstadt - Empfehlungsbeschluss des Finanz- und Kommunalausschusses -
Satzungsangelegenheiten
34. Beratung und Beschlussfassung über die Änderung der Straßenreinigungssatzung - Empfehlungsbeschluss des Ausschusses für Wirtschaft, Tourismus und Ordnungswesen -
35. Beratung und Beschlussfassung über die Satzung über die Erhebung einer Vergnügungssteuer für das Halten von Spiel- und Geschicklichkeitsgeräten (Spielgerätesteuersatzung)
Archivwesen
36. Entgeltpflichtiger Service bzw. Nutzung von Inhalten des Stadtarchivs auf der Internetseite www.rathaus-friedrichstadt.de
- 36.a. Beratung und Beschlussfassung über die Einführung einer entgeltpflichtigen Nutzung von Standesamtsbüchern und anderen im Internet vom Stadtarchiv angebotenen Inhalten
- 36.b. Beratung und Beschlussfassung über die Beauftragung eines für die Erhebung des Nutzungsentgeltes erforderlichen Online-Ticketsystems
- 36.c. Beratung und Beschlussfassung über die neue Entgeltordnung für das Stadtarchiv Friedrichstadt
Kultur- und Jugendarbeit
37. Benennung einer neuen Delegierten / eines neuen Delegierten für den Stapelholmer Heimatbund
38. Benennung einer Beisitzerin / eines Beisitzers für den Förderverein „Landschaft Stapelholm e.V. – Verein zur Förderung von Landschaft, Dorf und Kultur“
39. Beratung und Beschlussfassung über die Aufhebung des Grundsatzbeschlusses zur Nutzung des alten Feuerwehrgerätehauses als Kultur- und Jugendzentrum aufgrund notwendiger Haushaltskonsolidierung

1. Eröffnung der Sitzung, Begrüßung durch den Bürgermeister und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Der Bürgermeister begrüßt alle Anwesenden, besonders die Gäste, recht herzlich und stellt die ordnungsgemäße und fristgerechte Ladung zur letzten Sitzung im Jahr 2024 fest. Fast alle Stadtverordneten sind anwesend; Stadtverordneter Andreas Pruns fehlt entschuldigt. Die Stadtverordnetenversammlung ist beschlussfähig.

2. Feststellung der Tagesordnung

2.a. Dringlichkeitsanträge

Unter Bezugnahme

- auf die erfolgte Anregung eines Einwohners sowie
 - auf den Finanz- und Kommunalausschuss vom 05.12.2024 und
 - unter Hinweis auf den zu beschließenden Haushaltsentwurf,
- wird seitens des Bürgermeisters um Aufnahme der folgenden Thematik gebeten:

Beratung und Beschlussfassung über die Beteiligung am "Amtsblatt" des Amtes Nordsee-Treene (Empfehlungsbeschluss des Finanz- und Kommunalausschusses)

Die Stadtverordneten sprechen sich einstimmig für die Aufnahme des Tagesordnungspunktes aus. Er wird als „neu TOP 16“ behandelt. Die anderen Tagesordnungspunkte verschieben sich entsprechend.

2.b. Beschlussfassung über die eventuelle Nicht-Öffentlichkeit einzelner Tagesordnungspunkte

Aus Gründen des Datenschutzes bzw. zwecks Wahrung vertraulicher Inhalte in Bezug auf Dritte wird beantragt, die TOPs 4 bis 14 nicht öffentlich zu beraten.

Die Stadtverordneten sprechen sich einstimmig dafür aus.

3. Beschlussfassung über eventuelle Einwände gegen die Niederschrift über die 10. Sitzung am 17.10.2024

Es liegen keine Einwände vor.

Die Niederschrift wird mit einer Enthaltung (Sonja Wulff, SSW) beschlossen.

Bürgermeister Tietgen schließt nun die Öffentlichkeit vom weiteren Verlauf der Sitzung aus und bittet diese um entsprechende Geduld. Da jedoch im Anschluss der Sitzung die Weihnachtsfeier der Stadtverordnetenversammlung folgt, wird der nicht-öffentliche Teil der Sitzung, wie in der Einladung aufgeführt, am Anfang der Sitzung behandelt.

Bürgermeister Tietgen schließt die Öffentlichkeit gemäß Beschluss unter TOP 2b von dem weiteren Verlauf der Sitzung aus.

- Anfang öffentlicher Teil Nr. 2 -

Bürgermeister Tietgen stellt die Öffentlichkeit wieder her.

15. Bekanntgabe der Beschlüsse aus dem nicht öffentlichen Teil der Sitzung

- Es wurde über Personalsachverhalte beraten und beschlossen.
 - Ferner wurden Personalsachverhalte vertagt.
 - Und es wurden Sachverhalte bezüglich des Gesundheitsmanagements beraten und beschlossen, so die Teilnahme am eBike-Leasing und am EGYM-Wellpass
- Es wurde über Pachtangelegenheiten beraten und beschlossen.
- Es wurde über das Problem der künftigen Digitalisierung der Stadtverwaltung beraten.

16. Beratung und Beschlussfassung über die Beteiligung am "Amtsblatt" des Amtes Nordsee-Treene (Empfehlungsbeschluss des Finanz- und Kommunalausschusses)

Es wird erläutert, dass die Beteiligung rund 7.500 Euro im Jahr kosten würde. Allerdings kann keine Teilnahme und Berichterstattung bezüglich der Ausschüsse erfolgen. In Bezug auf die Gleichbehandlung der Amtsgemeinden wäre dies für das Team um Helmuth Möller nicht leistbar.

Seitens der Fraktion Bündnis90/Die Grünen wird - wie im Finanz- und Kommunalausschuss bereits erwähnt - mitgeteilt, dass man mit dem Hinweis-, Anzeigen- und Nachrichtenblatt „Die Woche“ sehr zufrieden sei.

Seitens des Bürgermeisters wird diesbezüglich erneut darauf hingewiesen, dass für „Die Woche“ aber Informationen von der Stadt selbst zu liefern seien und niemand professionell über städtische Sachverhalte berichte.

Im Finanz- und Kommunalausschuss wurde seitens der Fraktionen in Bezug auf die hohen jährlichen Kosten auf die Bemühungen zur Haushaltskonsolidierung hingewiesen.

5 Mitglieder des Finanz- und Kommunalausschusses hatten der Stadtverordnetenversammlung empfohlen, sich weiterhin nicht an den Kosten für das Amtsblatt zu beteiligen. Die Stadt sei in der „Die Woche“, die ihrem Namen folgend wöchentlich in Friedrichstadt und den umgebenden Gemeinden (Nordfriesland und Dithmarschen) erscheint, gut repräsentiert. Stadtverordnete Bärbel Hammer (SPD-Fraktion) hatte sich enthalten.

Die Stadtverordnetenversammlung diskutiert angeregt das Für und Wider.

Einerseits fühlt man sich in „Die Woche“ gut repräsentiert; andererseits fehle man in Bezug auf das Zusammenwirken und Zusammenleben mit den Gemeinden des Amtes im Amtsblatt. Das wirke einerseits nicht transparent.

Es werden jedoch auch noch einmal die Kosten thematisiert. Diese sind derzeit für die Stadt als solche nicht tragbar.

Auch in Bezug auf Inhalt und Aufbau des Amtsblattes gibt es unterschiedliche Auffassungen.

Entsprechend entscheidet die Stadtverordnetenversammlung mit 10 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen, dass die Stadt Friedrichstadt in Die Woche gut repräsentiert ist. Entsprechend wird sich **gegen** eine Beteiligung am Amtsblatt ausgesprochen.

17. Einwohnerfragestunde

Bevölkerungsschutz

Es wird sich danach erkundigt, ob es bereits einen Bestand der Broschüre in Bezug auf Bevölkerungshinweise im Katastrophenfall gäbe. Es sei beim Tag des offenen Rathauses über jene Broschüre informiert worden und auf Anregung der Einwohnerin wollte man einen Bestand anfordern und an die Einwohner*innen verteilen.

Dies wird für den zuständigen Mitarbeitenden, Herrn Domann, mit vermerkt.

Nachträglicher Hinweis der Verwaltung:

Broschüre *Katastrophenalarm! - Ratgeber für Notfallvorsorge und richtiges Handeln in Notsituationen* fasst Vorsorge- und Verhaltensempfehlungen für verschiedene Notsituationen zusammen. Checklisten unterstützen Sie bei der Umsetzung:

https://www.bbk.bund.de/DE/Warnung-Vorsorge/Vorsorge/Ratgeber-Checkliste/ratgeber-checkliste_node.html

Einwohnerbegehr in Bezug auf den Umfang der Öffentlichkeitsarbeit der Stadt

Es wird sich nach dem Stand der Bearbeitung der Einwohner-Forderung zur Erhöhung des Angebots von mehr Sitzungsunterlagen im öffentlichen Teil des Ratsinformationssystems erkundigt. Die Stadtverordnetenversammlung verweist auf die Tagesordnung.

Nachbesetzung des Ausschusses für Wirtschaft, Tourismus und Ordnungswesen (Bündnis 90 / Die Grünen)

Frau Elke Burmester erkundigt sich danach, weshalb entsprechendes nicht auf der Tagesordnung steht. Sie würde als Kandidatin für besagte Nachbesetzung seitens der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen in Frage kommen.

Es wird darauf verwiesen, dass man erst reagieren könne, wenn ein handschriftlich unterzeichnetes Schriftstück der betroffenen Person vorläge, die darin entsprechend mitteilt, dass sie nicht länger Mitglied des entsprechenden Ausschusses sein wolle. Vorab werde die Verwaltung auf Zuruf und Hören-Sagen nichts veranlassen.

Baumschutzsatzung

Es wird sich nach dem Sachstand erkundigt. Seitens des Bürgermeisters wird mitgeteilt, dass durch den Personalwechsel und die Übergangszeit zwischen jenem derzeit andere Prioritäten vorliegen; der Sachverhalt aber weiterhin mit zur Bearbeitung vermerkt ist.

18. Bericht des Bürgermeisters

Bürgermeister Tietgen berichtet wie folgt:

Die Einwohnerversammlung war trotz des äußerst schlechten Wetters gut besucht.

Es gab diverse Gesprächstermine mit dem Unternehmen GEWOBA Baugenossenschaft eG anlässlich der geplanten Baumaßnahmen

Es fand ein Gespräch mit Herrn Dr. Hüppauff bezüglich der Thematik Wärmeversorgung/-Planung (hier: Eruierung von Alternativen) statt, da sich herauskristallisiert, dass die Umsetzung einer Nahwärmeversorgung nicht wirtschaftlich erfolgen kann. Vorab wurde diesbezüglich schon Kontakt zum zuständigen Ministerium aufgenommen, um die hiesigen Probleme: Denkmalschutz, Hochwasserproblematik, Bodenbeschaffenheit, Naturschutzbelange, Grunderwerb, Fehlbedarfsstatus der Stadt, etc. anzusprechen und deren Auswirkungen auf Standorte notwendiger Infrastruktur und dadurch entstehende, zusätzliche Entfernungen des Versorgungsnetzes und daraus entstehende Kosten.

Die Veranstaltungen „Grachtenweihnacht“ sowie „Lebendiger Adventskalender“ waren ein voller Erfolg; Dank gilt allen Mitwirkenden und natürlich auch den Besucher*innen. Im Rahmen der Grachtenweihnacht gab es leider einen Vorfall verfassungsfeindlicher Art; ein solcher wird seitens der Stadt nicht toleriert!

Auch die Seniorenweihnachtsfeier im Hotel Aquarium war gut besucht.

Der Bürgermeister berichtet ferner, dass er an folgenden Sitzungen teilgenommen hat:

- Amtsausschuss
- BZSNF (Glasfaser)
- Aktivregion Vorstandssitzung
- LTO-Sitzung

Die städtischen Bauprojekte gehen voran; in Abhängigkeit von Genehmigungsverfahren und Auslastung der beauftragten Firmen. In diesem Zusammenhang teilt er mit, dass die Maßnahme „Sanierung Kanuanlegestelle“ nunmehr beauftragt worden ist.

Sitzungstermine Stadtverordnetenversammlung 2025:

06.03.2025
08.05.2025
17.07.2025
25.09.2025
13.11.2025
18.12.2025

Fehlbetragszuweisung 2023: 1.461.979 € in voller Höhe

19. Bericht der Ausschüsse und Delegierten

Die Vorsitzende des **Ausschusses für Jugend, Kultur und Soziales**, Stadtverordnete Doreen Stümpel, bedankt sich bei ihrer Vertreterin, Stadtverordnete Malou Corinth, für die Übernahme der Leitung der zurückliegenden Sitzung.

Sie berichtet ferner:

- Neues Kunstobjekt des Künstlers Robert Schad auf dem Stadtfeld
- Spielplätze: Neues Spielgerät wird installiert
- Neue Spielgeräte für den städtischen Spielplatz Ostdeutsche Straße / Treenesiedlung (*Hinweis: grenzt direkt an den Spielplatz der Schule*) werden mittels Entscheidung der Schulkinder entschieden.
- Kinderfest: Die neu zusammengefundene Gruppe an Freiwilligen hat sich leider aufgelöst. Ein Kinderfest als solches wird es dann in 2025 wahrscheinlich nicht geben. Freiwillige werden gebeten, sich bei der Verwaltung zu melden. Das vorhandene Geld, dass eingenommen worden ist, wird vorerst an den Förderverein weitergegeben.

Der Vorsitzende des **Ausschusses für Wirtschaft, Tourismus und Ordnungswesen**, Stadtverordneter Uwe Eisenmann, nutzt die Gelegenheit und möchte in seiner Funktion als 1. Stv. Bürgermeister im Namen der Stellvertreter*innen des Bürgermeisters sowie der Stadtverordnetenversammlung Bürgermeister Tobias Tietgen für dessen bisheriges Engagement danken.

Der stellvertretende Vorsitzende des **Ausschusses für Bau, Planung, Denkmalpflege und Umwelt**, Burkhard Beierlein, berichtet über den bevorstehenden Abschluss der 3-jährigen Bauphase im Bereich der Doesburger Str. u.a.

Aktuell stellt es sich so dar, als könnten die Kosten trotz der problematischen Bodenverhältnisse relativ stimmig eingehalten werden.

Stadtverordnete Jana Gasch berichtet aus dem **Friedhofsausschuss**: Es wurde die Wirtschaftsbilanz vorgelegt und gesichtet. Ferner wurde die Aktion „Friedhofsgeflüster“ vorgestellt. Hierbei handelt es sich um Führungen auf Friedhöfen. Eine solche soll auch für den Friedrichstädter Friedhof vorgesehen sein (ca. Mai 2025).

Glasfaserversorgung durch die Telekom

Es gibt leider keine aktuelle offizielle Mitteilung der Telekom. Die Verwaltung bemüht sich weiterhin um eine offizielle Aussage zum Beginn der Maßnahme.

20. Anfragen der Stadtverordneten

Es liegen keine Anfragen vor.

21. Verabschiedung von Herrn Ralf Mader als bisherigem Vorarbeiter des Bauhofes der Stadt Friedrichstadt

Bürgermeister Tietgen begrüßt den bisherigen Vorarbeiter des Bauhofes der Stadt Friedrichstadt, Herrn Mader und dessen Ehefrau.

Er geht auf den Werdegang von Herrn Mader ein und bedankt sich im Namen der Stadtverordneten der Stadt Friedrichstadt für die geleisteten Dienste von Herrn Mader, der hiermit in den Ruhestand verabschiedet wird. Im Namen der Stadtverordneten der Stadt Friedrichstadt händigt er Herrn Mader ein Präsent aus und wünscht diesem für seinen Ruhestand alles Gute.

22. Vorstellung neuer Mitarbeitender

Bürgermeister Tietgen stellt Frau Miriam Rachenpöhler vor, die künftig die Betreuung der Kultur- und Gedenkstätte ehemalige Synagoge übernehmen wird.

23. Interimsweise Verpflichtung des Wehrführers Hendrik Physa bis zur Durchführung der erforderlichen Neuwahlen aufgrund der Wiederanerkennung der Freiwilligkeit der Feuerwehr Friedrichstadt ab dem 01.01.2025

Durch die Wiederanerkennung der Freiwilligkeit der Feuerwehr Friedrichstadt zum 01.01.2025 und somit der Änderung der Geschäftsform von Pflichtfeuerwehr zur Freiwilligen Feuerwehr sind der bisherige Wehrführer und der stv. Wehrführer bis zur Durchführung der Wahlen auf der Mitgliederversammlung am 01.02.2025 formell interimweise zu verpflichten.

Die Stadtverordnetenversammlung berät und beschließt Tagesordnungspunkt TOP 23 und 24 einstimmig en bloc.

24. Interimsweise Verpflichtung des stv. Wehrführers Andreas Euker bis zur Durchführung der erforderlichen Neuwahlen aufgrund der Wiederanerkennung der Freiwilligkeit der Feuerwehr Friedrichstadt ab dem 01.01.2025

Siehe TOP 23

25. Beratung und Beschlussfassung über die Höhe der Aufwandsentschädigung für die Kameradinnen und Kameraden der Feuerwehr Friedrichstadt bei Einsätzen (auf Grundlage der Entschädigungsrichtlinie des Landes Schleswig-Holstein)

Die Überarbeitung der Entgeltordnung des Landes Schleswig-Holstein wurde im Mai 2024 verabschiedet und im Amtsblatt veröffentlicht. Nach Rücksprache mit Herrn Hach vom Kreis Nordfriesland wird die Auszahlung des Höchstbetrages von 10€ pro Einsatz/Lehrgang empfohlen. Dieser Beschluss wurde am 16.11.2023 von der Stadtverordnetenversammlung im Tagesordnungspunkt 8d. der Niederschrift der Stadtverordnetenversammlung vom 16.11.23 gefasst. Für die finale Einführung einer Aufwandsentschädigung für die Einsatzkräfte der Feuerwehr müssen noch folgende Modalitäten geklärt werden:

1.

Soll eine rückwirkende Auszahlung der Entschädigung in 2024 ab Zeitpunkt des Erlasses ausgezahlt werden? Und soll für die rückwirkende Entschädigung pauschal oder konkret ausgezahlt werden?

Vorschlag der Verwaltung ist eine einmalige Pauschale.

Begründung:

Eine konkrete Abrechnung der Entschädigungszahlung ist nicht transparent zur ermitteln, da die Parameter zur Auszahlung auf Grund des fehlenden Erlasses nicht bekannt waren. Die Verwaltung schlägt eine einmalige Pauschale in Höhe von 420€ pro Einsatzkraft vor.

2.

Konkrete Abrechnung ab 01.01.2025 oder pauschalisierte Zahlungen?

Vorschlag der Verwaltung: Konkrete Abrechnung

3.

Zeitpunkt der Auszahlung?

Vorschlag der Verwaltung: 01.07. des Kalenderjahres

Das Auszahlungsdatum wurde mit der Feuerwehrkameradschaft und Kämmerei des Amtes Nordsee-Treene abgestimmt.

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die **rückwirkende Auszahlung** der Entschädigung als **einmalige Pauschale i.H.v. 420,00 € für das Jahr 2024**.

Ferner beschließt die Stadtverordnetenversammlung die **tatsächliche** Abrechnung der Aufwandsentschädigungen für die jeweiligen Einsätze, Lehrgänge und sonstige dienstliche Veranstaltungen **gem. der Richtlinie** über die Entschädigung von Mitgliedern der freiwilligen Feuerwehren und der Pflichtfeuerwehren **fortlaufend ab dem 01.01.2025** sowie die **Auszahlung zum 01.07** eines jeden Kalenderjahres.

26. Beratung und Beschlussfassung über das künftige Vorgehen zur Veröffentlichung von Informationen (u.a. Beschlussvorlagen) im Rahmen von Tagesordnungspunkten öffentlicher Art

Gemäß Vorschlag der Einwohnerschaft im Rahmen der Einwohnerversammlung vom 27.11.2024 wird die Stadtverordnetenversammlung ersucht, ihr bisheriges Vorgehen in Bezug auf die Veröffentlichung von Informationen zu Sitzungen, die öffentliche Tagesordnungspunkte (kurz: TOPs) betreffen, zu ändern.

Grundlegend veröffentlicht die Stadt Friedrichstadt keine Informationen im Ratsinformationssystem (kurz: RIS) – aus Datenschutzgründen selbstverständlich nicht zu TOPs des nicht-öffentlichen Teils, aber auch nicht zu öffentlichen TOPs. Hintergrund ist eine diesbezügliche Einigung aus der letzten Legislaturperiode; die sich auch darauf bezieht, dass es selbst noch in der Sitzung möglich ist, dass sich Sachverhalte ggf. doch noch als nicht-öffentlich einstufen lassen – und sei es nur, dass ggf. eines der Gremienmitglieder z.B. aufgrund entsprechender örtlicher Kenntnisse weitergehende Informationen (als z.B. der Verwaltung bekannt) hat und diese dann aber ggf. personenbezogene Daten Dritter betreffen. Aufgrund der geringen Größe der Stadt Friedrichstadt und der deshalb sehr oft Rückschlüsse auf Dritte zulassenden Begebenheiten, die ein Tagesordnungspunkt thematisiert, ist dies nie gänzlich auszuschließen. Zu beachten ist hier, dass der Datenschutz den Transparenzgedanken vollständig aushebelt und diesen rechtlich überwiegt.

Seitens der Verwaltung wird die Möglichkeit zur Veröffentlichung gesehen.

Hier ist jedoch wie folgt zu beachten:

- A. Es sollten nur Informationen veröffentlicht werden, die nach expliziter Prüfung durch den Vorsitzenden des Gremiums und die Verwaltung den Datenschutz nicht berühren. Darunter fallen insbesondere datenschutzrelevante Informationen, wie z.B.
 - 1. eigene Marketing-Strategien
 - 2. Sachverhalte, bei denen die Gremienmitglieder ihr Recht auf eine vertiefende Beratung einfordern (könnten), in deren Rahmen sie sich frei und sicher äußern möchten, ohne befürchten zu müssen, dass die Äußerung von der Öffentlichkeit aufgegriffen und ggf. in einem anderen Zusammenhang oder einer fälschlichen Wertung weitergetragen wird.
 - 3. Kalkulationsmethoden von Firmen, die sich aus Angeboten ableiten lassen (Wahrung der Wettbewerbsfähigkeit der Firmen)
 - 4. Personenbezogene Daten (u.a. auch Äußerungen über Arbeitsmethoden bzw. das Vorgehen von Mitarbeitenden der Verwaltung oder Mitarbeitenden anderer Institutionen)
- B. Für die Verwaltung besteht keine rechtliche Verpflichtung, Sitzungsvorlagen zu fertigen. Sie fertigt solche nur, wenn:
 - 1. sie selbst einen Sachverhalt als zu komplex einschätzt,
 - 2. ein Beschluss sich nicht schon aus der Formulierung des Tagesordnungspunktes ableiten lässt (diese werden bewusst schon entsprechend derart vorformuliert)
 - 3. eine schriftliche Erläuterung in Form einer Sitzungsvorlage (ggf. auch Beschlussvorlage, wobei das Gremium seinen Beschluss selbst beraten, entscheiden bzw. fassen und somit auch entsprechend dem eigenen Resultat folgend formulieren muss) dem Ausräumen von beratungsstörenden Aspekten dient, die ggf. aus einem Missverstehen des Sachverhaltes resultieren könnten, das wiederum u.a. aus verständlicherweise mangelnder Fachkompetenz eines ehrenamtlichen Mitgliedes des Gremiums resultieren könnte.

Die Verwaltung schlägt vor, dass sie nach Rücksprache mit den jeweiligen Gremienvorsitzenden, im Rahmen der Festlegung der Tagesordnung durch letztere, auch intern abstimmen, welche vorliegenden Informationen veröffentlicht werden können.

Eine extra zu fertigende Erläuterung zu jedem TOP mit einem entsprechenden Thema außerhalb der formellen Erfordernisse der Tagesordnung (z.B. Sitzungsvorlage, Beschlussvorschlag, o.ä.) lehnt die Verwaltung aus organisatorischen Gründen und zeitlicher Möglichkeit ab.

Jeder Fachbereich müsste zu den ihn jeweils betreffenden Punkten eine gesonderte Erläuterung fertigen. Dies kostet Zeit, die die Verwaltung nicht vorweisen kann. Es wird hier auch auf den Fachkräftemangel im öff. Dienst und die sich daraus ergebenden Verzögerungen und Schwierigkeiten bei den alltäglichen Verwaltungsgeschäften und gesonderten Projekten verwiesen (u.a. Verzögerung bei der Zuarbeit von externen Institutionen).

Die Verwaltung kann den Gremienvorsitzenden eine entsprechende Vorlage zur Verfügung stellen und die Vorsitzenden können, wenn sie Bedarf sehen, den die Verwaltung als solchen nicht sieht, selbst eine Vorlage formulieren, die seitens der Verwaltung dann der Öffentlichkeit via Upload im RIS zur Verfügung gestellt werden kann.

Die Stadtverordneten stimmen mit einer Gegenstimme (Bastian Winkelmann, CDU) für dieses Vorgehen.

Seitens der Verwaltung wird der Vollständigkeit noch einmal darauf hingewiesen, dass die Verwaltung an Recht und Gesetz gebunden ist. D.h. sollten Mitarbeitende der Verwaltung erfahren, dass nicht-öffentliche Sachverhalte öffentlich thematisiert bzw. diskutiert werden, ist man verpflichtet, dies aus Gründen der Wahrung des Datenschutzes zur Anzeige zu bringen. Hier wird insbesondere auf die Vertraulichkeit in Bezug auf Personalangelegenheiten verwiesen. Die Fraktionen müssten strikt darauf achten, welche Themen in welchem Personenkreis behandelt werden. Es wird hier noch einmal auf die Tabellen hingewiesen, die den Fraktionen übermittelt worden sind (so u.a. aus „Die Arbeit in einer Gemeindevertretung“, SHGT-Arbeitsheft Nr. 25, Kiel 2023).

27. Corporate Design (kurz: CD)

27.a. Vorstellung eines einheitlichen Designs im Bereich der internen und externen Kommunikation (Gestaltungsrichtlinien)

Christer Erichsen von der Agentur C2 stellt die Entwürfe vor, die von der internen Arbeitsgruppe der Verwaltung und Uwe Eisenmann als Stv. 1. Bürgermeister für gut und stimmig befürwortet sind und erläutert, dass es sich explizit vorerst um den Bereich Corporate Design als Bestandteil der CI handelt und nicht um die CI als Ganzes. Der Bereich CI ist in sich thematisch tiefgreifender. Es wird hier u.a. auch auf den diesem Schritt später nachfolgenden Relaunch der Internetseite der Stadt verwiesen (www.rathaus-friedrichstadt.de).

27.b. Beratung und Beschlussfassung über die neuen Vorgaben zum CD im Bereich der internen und externen Kommunikation

Aufkommende Fragen werden von Christer Erichsen erläutert und abschließend beantwortet.

Die Stadtverordneten beschließen einstimmig das Corporate Design wie vorgestellt einzuführen.

28. Beratung und Beschlussfassung über die Freigabe des Entwurfs zum gemeinsamen Gewerbegebiet mit der Gemeinde Koldenbüttel (Verfahrensstand: 1. Auslegung)

Die Stadt Friedrichstadt plant gemeinsam mit der Gemeinde Koldenbüttel ein Gewerbegebiet. Um Baurecht zu schaffen ist ein Bebauungsplan zu erstellen. Da sich die Fläche auf dem Hoheitsgebiet der Gemeinde Koldenbüttel befindet, ist diese für die Bauleitplanung zuständig.

Am 19.12.2024 wird die Gemeinde Koldenbüttel über den Entwurf des B-Plans abstimmen. Im Rahmen dieser Sitzung wird auch die Öffentlichkeitsbeteiligung stattfinden. Sofern dem Entwurf seitens der Gemeinde zugestimmt wird, liegen die relevanten Unterlagen (Planzeichnung, Begründung und Umweltbericht sowie die umweltrelevanten Stellungnahmen der frühzeitigen Beteiligung) für den Zeitraum von 1 Monat öffentlich aus. Die Träger öffentlicher Belange können dann ebenso zum B-Plan Stellung beziehen wie die Öffentlichkeit.

Soweit aus der Auslegung keine Stellungnahmen hervorgehen, die dazu führen, dass relevante Parameter des B-Plans geändert werden müssen, kann der Satzungsbeschluss im 1 oder 2 Quartal 2025 erfolgen.

Nach Genehmigung des F-Planes durch das Innenministerium, kann der B-Plan bekannt gemacht werden und tritt danach in Kraft.

Der Stv. Ausschussvorsitzende des Ausschusses für Bau, Planung, Denkmalpflege und Umwelt, Burkhard Beierlein, erläutert, dass die Gemeinde Koldenbüttel noch zwei Änderungen vornehmen wird: Reduzierung der Firsthöhe im Bereich zur Wohnbebauung von 12 m auf 10 m sowie Einrichtung eines Überflutungsgrabens.

Die Stadtverordneten beschließen mit den o.g. zwei Änderungen der Gemeinde Koldenbüttel die Freigabe des Entwurfs zum gemeinsamen Gewerbegebiet mit der Gemeinde Koldenbüttel.

29. Beratung und Beschlussfassung über die Freigabe des Angebotes für die Erstellung des B-Plan 25 Friedrichstadt (Altstadt)

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt einstimmig die Freigabe des Angebotes für die Erstellung des B-Plan 25 Friedrichstadt (Altstadt).

30. Beratung und Beschlussfassung über die Einführung einer Ausgleichsrücklage - Empfehlungsbeschluss des Finanz- und Kommunalausschusses -

Es wird auf die Sitzung des Finanz- und Kommunalausschusses vom 05.12.2024 und die Hintergründe verwiesen. Die Unterlagen der Kämmerei liegen allen vor.

Der Finanz- und Kommunalausschuss hat der Stadtverordnetenversammlung empfohlen, dass der Bestand der Allgemeinen Rücklagen und der Ergebnissrücklage 2023 entnommen wird und gem. §60 Abs. GemHVO mit Wirkung zum 01.01.2024 wie folgt neu verteilt wird:

1. Allgemeine Rücklage	2.013.257,52€
2. Ausgleichsrücklage	0,00€

Die Allgemeine Rücklage beträgt somit lediglich 6,7% der Bilanzsumme 2022.

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, der Empfehlung des Finanz- und Kommunalausschusses zu folgen.

31. Beschluss über die Hebesätze 2025 und die Satzung über die Hebesätze der Realsteuern in der Stadt Friedrichstadt (Hebesatzung) - Empfehlungsbeschluss des Finanz- und Kommunalausschusses -

Auch hier wird auf die Sitzung des Finanz- und Kommunalausschusses vom 05.12.2024 verwiesen, nebst Erläuterung zu den Hintergründen.

Der Finanz- und Kommunalausschuss hat der Stadtverordnetenversammlung empfohlen, die einkommensneutralen Hebesätze des Transparenzregisters für die Grundsteuern A und B zu übernehmen und die Satzung über die Hebesätze für die Realsteuern zu beschließen.

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, der Empfehlung des Finanz- und Kommunalausschusses zu folgen.

32. Beratung und Beschlussfassung über den Haushaltsplan 2025 inkl. Stellenplan - Empfehlungsbeschluss des Finanz- und Kommunalausschusses -

Der aktualisierte Entwurf liegt allen vor.

Im Finanz- und Kommunalausschuss wurde noch eine Aktualisierung bzw. Änderung in Bezug auf die Lärmschutzwand eingefügt: In 2025 Planungskosten von 100.000 €, Rest von 1.915.000 € als Verpflichtungsermächtigung für 2026 (entsprechend verschiebt sich die Höhe der Kreditaufnahme). Ferner eine Erhöhung des Verwaltungskostenbeitrag an das Amt aufgrund der zusätzlichen Stelle im Bauamt Friedrichstadt.

Der Finanz- und Kommunalausschuss hat der Stadtverordnetenversammlung empfohlen, den vorgelegten Haushaltsplan 2025 mit den genannten Änderungen zu beschließen.

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, der Empfehlung des Finanz- und Kommunalausschusses zu folgen und beschließt den vorgelegten, aktualisierten Haushaltsplan 2025 inkl. Stellenplan, mit den genannten Änderungen.

33. Beratung und Beschlussfassung über die Änderung der Entgeltordnung für die Inanspruchnahme des Bauhofes der Stadt Friedrichstadt - Empfehlungsbeschluss des Finanz- und Kommunalausschusses -

Der Finanz- und Kommunalausschuss hat die Entgeltordnung für die Inanspruchnahme des Bauhofes an die Fraktionen zur Beratung zurücküberwiesen.

Die Stadtverordnetenversammlung pflichtet diesem Vorgehen bei.

34. Beratung und Beschlussfassung über die Änderung der Straßenreinigungssatzung - Empfehlungsbeschluss des Ausschusses für Wirtschaft, Tourismus und Ordnungswesen -

Die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen hat Änderungen in Bezug auf die Satzungsvorlage des Landes angeregt.

Die Stadtverordnetenversammlung verweist den TOP zurück in den zuständigen Ausschuss, damit dort noch einmal über die Aufnahme oder die Ablehnung der Änderungen beraten werden kann.

35. Beratung und Beschlussfassung über die Satzung über die Erhebung einer Vergnügungssteuer für das Halten von Spiel- und Geschicklichkeitsgeräten (Spielgerätesteuersatzung)

Der Entwurf liegt allen vor.

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt einstimmig die Satzung über die Erhebung einer Vergnügungssteuer für das Halten von Spiel- und Geschicklichkeitsgeräten (Spielgerätesteuersatzung) gemäß vorgelegtem Entwurf.

36. Entgeltpflichtiger Service bzw. Nutzung von Inhalten des Stadtarchivs auf der Internetseite www.rathaus-friedrichstadt.de

36.a. Beratung und Beschlussfassung über die Einführung einer entgeltpflichtigen Nutzung von Standesamtsbüchern und anderen im Internet vom Stadtarchiv angebotenen Inhalten

Die von der Leiterin des Stadtarchivs, Frau Thomsen, eingereichten Unterlagen nebst Erläuterungen liegen allen vor. Darin erläutert sie u.a. in Bezug auf die zunehmende Digitalisierung den Hintergrund (u.a. Einnahmenverlust).

Sie hat folgenden Beschlussvorschlag beigefügt:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen, die Nutzung der Scans des Stadtarchivs auf der Internetseite www.rathaus-friedrichstadt.de künftig mit folgenden Entgelten zu belegen:

1 Tag 10.- Euro
3 Tage 25.- Euro
1 Woche 50.- Euro

Die Einrichtung der Bezahlungsfunktion für die Nutzung wird der Firma C2 übergeben. Die Entgelte werden an die Stadt Friedrichstadt gezahlt. Zudem wird die Entgeltordnung des Stadtarchivs vom 17.12.2013 dementsprechend ergänzt. Die Zahlungsmethode wurde mit der Amtskasse abgestimmt.

Die Stadtverordnetenversammlung diskutiert eingehend.

Es wird angesichts des Verhältnisses „Kosten zur Einführung des digitalen Angebots“ vs. „Einnahmen der kommenden Jahre“ vom Ausschussvorsitzenden des Finanz- und Kommunalausschusses, Bernd-Roland Hündorf (Bündnis 90/Die Grünen) vorerst eine längere Schieflage zu Ungunsten der Einnahmen angenommen.

Diesbezüglich wird die Einführung des digitalen Angebots in Frage gestellt.

Christiane Thomsen verweist auf die Zahlen, die in den vorgelegten Unterlagen aufgeführt sind und betont, dass sie keine Prognose darüber abgeben könne, wie sich das digitale Angebot auf die Zahlen künftiger Jahre auswirken würde bzw. ob die Anfragen entsprechend den vorgelegten Zahlen der vergangenen Jahre erhalten bleiben.

Bastian Winkelmann (CDU) betont, dass Digitalisierung der städtischen Angebote ein Muss wäre. Er rät zur probeweisen Nutzung.

Die Stadtverordnetenversammlung kann sich nicht einigen. Einerseits stehen der Einführung hohe Kosten gegenüber, andererseits möchte man jedoch die Digitalisierung zugunsten der Bürger*innen voran treiben und hier unten den Gemeinden in Schleswig-Holstein nicht als Schlusslicht enden. Es wird angeraten, den Sachverhalt deshalb in den zuständigen Finanz- und Kommunalausschuss zu verweisen.

Dieses Vorgehen wird mit 2 Enthaltungen beschlossen.

36.b. Beratung und Beschlussfassung über die Beauftragung eines für die Erhebung des Nutzungsentgeltes erforderlichen Online-Ticketsystems

Der Sachverhalt wird ebenfalls als Teil der grundlegenden Entscheidung über die Einführung des digitalen Angebots an den zuständigen Ausschuss verwiesen.

36.c. Beratung und Beschlussfassung über die neue Entgeltordnung für das Stadtarchiv Friedrichstadt

Der Sachverhalt wird ebenfalls als Teil der grundlegenden Entscheidung über die Einführung des digitalen Angebots an den zuständigen Ausschuss verwiesen.

37. Benennung einer neuen Delegierten / eines neuen Delegierten für den Stapelholmer Heimatbund

Stadtverordneter Jan Ulrich Kratochvil (SSW) wird bei eigener Enthaltung benannt.

38. Benennung einer Beisitzerin / eines Beisitzers für den Förderverein „Landschaft Stapelholm e.V. – Verein zur Förderung von Landschaft, Dorf und Kultur“

Stadtverordnete Doreen Stümpel (SPD) wird (als „Ortsbeauftragte“ im Vorstand) bei eigener Enthaltung benannt.

39. Beratung und Beschlussfassung über die Aufhebung des Grundsatzbeschlusses zur Nutzung des alten Feuerwehrgerätehauses als Kultur- und Jugendzentrum aufgrund notwendiger Haushaltskonsolidierung

Die Stadtverordnetenversammlung hebt den Grundsatzbeschluss mit einer Enthaltung (Malou Corinth, Bündnis 90/Die Grünen) auf, um das Gebäude im Rahmen der Haushaltskonsolidierung nach Fertigstellung und vollst. Bezug des neuen Feuerwehrgerätehauses zu veräußern.

Bürgermeister Tietgen schließt die Sitzung um 20:10 Uhr und dankt allen für die Teilnahme an der heutigen Sitzung. Er bedankt sich insbesondere bei den Stadtverordneten und bürgerlichen Ausschussmitgliedern für die konstruktive Zusammenarbeit. Er wünscht allen ein besinnliches Weihnachtsfest und einen guten Rutsch in ein gesundes, neues Jahr 2025.

Tobias Tietgen
(Bürgermeister)

Femke Postel
(Protokollführung)